

Kommentar *Ohrfeige für den Stadtrat*

Fast drei Viertel der Walliserinnen und Walliser haben am 21. Mai 2017 das kantonale Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) angenommen. Natürlich war niemand begeistert von diesem Gesetz und schon gar nicht von den Konsequenzen. Denn das Wallis muss 1000 Hektaren Bauland rückzonen und nochmals 1000 Hektaren für 15 Jahre einfrieren. Die Revision des Raumplanungsgesetzes ist ein massiver Eingriff ins Privateigentum. Es werden Millionen vernichtet. Aber sie ist alternativlos.

In vielen Gemeinden herrscht noch immer völlige Unsicherheit und Ungewissheit. In Brig-Glis, der grössten Oberwalliser Gemeinde, stimmten am Dienstag nur gerade 18 von 205 Anwesenden an der Urversammlung einer Verlängerung einer Planungszone zu. Es ist der Höhepunkt eines seit Jahren schwelenden Konflikts zwischen dem Stadtrat und der IG Raumplanung. Die Schlacht ist für die IG und die Bodeneigentümer damit aber alles andere als gewonnen.

Aber das Signal ist klar: Die Bevölkerung hat genug vom Vorgehen des Stadtrats. Der Stadtrat liess ein Modellvorhaben zur räumlichen Entwicklung ausarbeiten, geprägt von Bundesbeamten oder

dem Direktor von EspaceSuisse, einem links-grün-lastigen Verband.

Die Forderungen der IG, vermehrt auf einheimische Juristen oder Experten zu hören, wurden stets ignoriert. Dafür gabs jetzt für den Brig-Gliser Stadtrat, der seit längerer Zeit an notorischer Formschwäche leidet, eine schallende Ohrfeige.



Herold Bieler
h.bieler@mengisgruppe.ch